

Freie Liste sagt ebenfalls Ja

VADUZ. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung in Vaduz hat die Freie Liste ihre Abstimmungsparole zur Initiative «Familie und Beruf» gefasst. Die Parteibasis hat ohne Gegenstimme die Ja-Parole gefasst hat und schliesst sich damit der Empfehlung der beiden Grossparteien VU und FBP an. Bei der Abstimmung wurde festgehalten, dass die Parteibasis der Initiative sehr offen gegenübersteht, diese aber auch als ersten Schritt sieht und für weitere Schritte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer erwartet.

Unter dem Strich ein Erfolg

Neben den beiden Grossparteien VU und FBP empfiehlt auch die Freie Liste, die Initiative «Familie und Beruf» anzunehmen. Im Rahmen einer Diskussionsrunde in Vaduz wurde die Initiative noch einmal auf Herz und Nieren geprüft.

DESIRÉE VOGT

VADUZ. So richtige Gegner für die Initiative der Wirtschaftskammer lassen sich eigentlich keine finden. Ja sicher, hier und dort sind Aussagen wie «Lieber wäre mir gewesen ...» oder «Hätte man nicht besser ...» zu hören. Und auch, dass Tagesmütter, selbstständig Erwerbende oder andere Familienmodelle benachteiligt würden. Unter dem Strich bleibt aber, dass kaum jemand bestreiten kann, dass die Initiative die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert. So auch gestern, als die Freie Liste zu einer Diskussionsrunde in die Aula des 10. Schuljahres in Vaduz einlud und am Ende zudem eine klare Abstimmungsparole fasste: Ja zu dieser Initiative.

Viele positive Rückmeldungen

Isabell Schädler, eine der Initiantinnen, ist es gestern gelungen, mit einigen Missverständnissen aufzuräumen. Schützenhilfe erhielt sie vom FL-Abgeordneten Wolfgang Marxer sowie Infra-Geschäftsführerin Claudia Heeb-Fleck und vielen Besucherinnen und Besuchern. Einzig LANV-Präsident Sigi Langenbahn brachte im Rahmen der Podiumsdiskussion auch einige kritische Bemerkungen an – doch auch für ihn ist die Initiative unter dem Strich letztlich ein Schritt in die richtige Richtung. «Positiv daran ist, dass damit wieder Diskussionen bezüglich der Diskriminierung der Frauen an-

gestossen werden. Und sie ruft wieder ins Bewusstsein, dass kleine Unternehmen durch Schwangerschaften schwer belastet werden – und am Ende noch durch höhere Prämien bestraft werden.» Dennoch hätte er sich hier eine andere Lösung vorstellen können, etwa indem die Mutterschaft über alle Betriebe verteilt wird. Das Geld aus der gut gefüllten Familienausgleichskasse hätte er lieber dafür investiert, dass Müttern der unbezahlte Urlaub endlich ermöglicht wird.

Nicht gegenseitig ausspielen

Der immer wieder gehörte Vorwurf, dass das traditionelle Familienmodell, wonach die Mutter zu Hause bleibt, vernachlässigt wird, war auch gestern zu hören. «Wo bleiben die Familien?», stellte eine Besucherin die Frage und findet es nicht o.k., dass die Gelder für Kitas aus der Familienausgleichskasse genommen werden. «Diese Gelder sind für die Familien.» Während Isabell Schädler sich die Gegenfrage erlaubte: «Wenn nicht aus diesem Topf, der von der Wirtschaft finanziert wird, aus welchem denn dann?», ärgerte sich Claudia Heeb-Fleck darüber, dass erwerbstätige Mütter und solche, die zu Hause bleiben, ständig gegeneinander ausgespielt würden. Hier werde doch niemand finanziell benachteiligt. «Das kann nicht gegengerechnet werden. Hier geht es um Chancengerechtigkeit. Und jeder Franken, der in eine Kita investiert wird, kommt vielfach zurück.»



Bild: Daniel Ospelt

LANV-Präsident Sigi Langenbahn, Infra-Geschäftsführerin Claudia Heeb-Fleck, Barbara Jehle von der Freien Liste, Initiantin Isabell Schädler und der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer (v. l.) diskutierten darüber, welche Auswirkungen die Initiative «Familie und Beruf» hat.

Wenn ausserdem kritisiert werde, dass sich die Wirtschaft letzten Endes nur das Geld selbst wieder auszahle, dass sie zuvor eingezahlt habe, so entspreche dies ebenfalls nicht den Tatsachen. «Das Geld geht an die Kita bzw. an die Betreiber – und nicht an den Betrieb», stellte Isabell Schädler klar. Der Betrieb stelle lediglich die Räumlichkeiten zur Verfügung.

Ein Schritt nach dem anderen

Ein nicht zu vernachlässigendes Thema und ein vielleicht doch berechtigter Kritikpunkt

ist, dass Tagesmütter im Gegensatz zu Kindertagesstätten nicht von der Initiative profitieren. Doch nur deshalb soll nicht die gesamte Initiative gekippt werden, ist die Mehrheit überzeugt. «Sicher ist es schade, dass Tagesmütter nicht gefördert werden. Doch ich bin überzeugt, dass dies der nächste Schritt ist, wenn die Initiative vom Volk angenommen wird», ist der FL-Abgeordnete Thomas Lageder überzeugt. Dann stehe die Regierung nämlich unter Druck. Wird die Initiative allerdings abgelehnt, so befürchtet Lageder, dass damit das

Thema Kitas und damit auch die Tagesmütter für die nächsten drei bis vier Jahre vom Tisch sind. «Diese Initiative ist also auch eine Chance für Tagesmütter», ist er überzeugt.

So sieht es auch Infra-Geschäftsführerin Claudia Heeb-Fleck: «Es ist Zeit, dass endlich etwas passiert, nachdem seit fünf Jahren Stillstand in diesem Bereich herrscht. Und diese Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung.» Der möglicherweise eben Türen für weitere Schritte öffnet. «Die Punkte, die noch stören oder fehlen, müssen nicht

den Initianten angelastet werden – sondern der Regierung», stellte Helen Konzett-Bargetze ebenfalls klar, dass mit der Initiative nicht alle Probleme auf einen Schlag gelöst werden können. «Damit ist natürlich nicht die ganz heile Welt geschaffen» betonte auch Initiantin Isabell Schädler. «Und nach dieser Abstimmung setzen wir auch keinen Haken unter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es gibt noch mehr zu tun.» Ein Schritt nach dem anderen – der erste muss gemacht werden. Und zwar am 18. September an der Urne.